



STAAT, DEMOKRATIE, STREIKS

Der Staat ist ein unebenes, kapitalfreundliches Kampffeld, das durch soziale Kämpfe verändert und demokratischer gestaltet werden kann.

DIE WICHTIGSTEN HERAUSFORDERUNGEN

KAPITALISMUS UND STAAT

In der gegenwärtigen Situation stellt sich die Frage, warum es so schwer ist, Beschäftigteninteressen und wirksamen Klimaschutz durchzusetzen. Das hat mit der Funktionsweise des kapitalistischen Staats zu tun. Dem griechischen Staatstheoretiker Nicos Poulantzas (1936-79) zufolge ist der Staat eine ‚materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen‘.

Der Ausdruck ‚Verdichtung‘ verweist darauf, dass staatliche Arrangements immer auch als Ergebnis von sozialen Kämpfen verstanden werden müssen. 1956 hat beispielsweise die IG Metall 16 Wochen lang für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gestreikt. Infolgedessen hat die deutsche Regierung die Lohnfortzahlung gesetzlich festgeschrieben. Umgekehrt kann auch die Einführung der 60-Stunden-Woche durch die Regierung Kurz im Jahr 2018 als Ergebnis von Kämpfen gewertet werden, bei der sich die Kapitalseite durchgesetzt hat.

Poulantzas sagt auch, dass die Verdichtung ‚materiell‘ ist. Er betont, dass die Mechanismen des Staats sich auf den Verlauf von Kämpfen auswirken und die Kapitalseite begünstigen. Der Staat kann im Normalfall nur funktionieren, wenn er Steuereinnahmen generiert. Das schafft starke Anreize für politische Entscheidungen, die Profite absichern, also günstig für die Kapitalseite sind.

DEMOKRATIE UND AUTOKRATIE

Auch die Demokratie insgesamt ist ein Produkt von sozialen Kämpfen. Eine der ersten Arbeiter:innenbewegungen der Geschichte – die ‚Chartists‘, die Mitte des 19. Jahrhunderts in England aktiv waren – hatte als zentrale Forderung die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Letzteres ist nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde in harten Auseinandersetzungen erkämpft.

Folglich stehen im kapitalistischen Staat demokratische und autokratische Elemente nebeneinander. Auf der einen Seite stehen das allgemeine Wahlrecht, die betriebliche Mitbestimmung und die Koalitionsfreiheit, auf der anderen Seite die Tatsache, dass staatliche Apparate die Entscheidungsgewalt von Manager:innen am Arbeitsplatz absichern und oft den Interessen von Unternehmer:innen bei politischen Entscheidungen den Vorrang einräumen. Die Qualität der Demokratie hängt immer auch von den Kräfteverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit ab: Je stärker die Seite der Arbeit, desto einfacher ist es für Beschäftigte sicherzustellen, dass ihre Interessen überhaupt auf der politischen Bühne berücksichtigt werden – und umgekehrt.

Die Prozesse der Neoliberalisierung in den letzten Jahrzehnten stehen für die Stärkung der Kapitaleite und die Abschottung von Marktergebnissen gegenüber regulierenden Eingriffen. Die Qualität von Demokratie hat abgenommen. Das bedeutet auch, dass Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsverhältnissen und wirksamer Klimaschutz schwer durchzusetzen sind.

Die Gewerkschaften sollten sich auf ihre eigene Stärke besinnen und für den sozialen und ökologischen Umbau streiken.

NOTWENDIGE MAßNAHMEN

Will man politischen Spielraum gewinnen, muss man machtvoll und kollektiv für die eigenen Interessen kämpfen. Das klassische Mittel von Beschäftigten dafür ist der Streik. Ein sozialer und ökologischer Umbau setzt voraus, dass sich Beschäftigte auf ihre eigene Stärke besinnen. Diese entsteht, wenn sie sich organisieren und Druck aufbauen, indem sie gemeinsam die Arbeit niederlegen.

Wie man soziale und ökologische Forderungen zusammen bringen kann, zeigen die jüngsten Streiks im Verkehrssektor. Hier liegen die Interessen von Beschäftigten und Klimaaktivist:innen auch kurzfristig nah aneinander. Denn eine Verkehrswende ist nur möglich, wenn die Beschäftigten bei den Verkehrsbetrieben gute Arbeitsbedingungen haben. Und gute Arbeitsbedingungen lassen sich im Verkehrssektor weitaus einfacher durchsetzen, wenn man argumentiert, dass sie dem ökologischen Aus- und Umbau in diesem Bereich dienen. Entsprechend haben ver.di (in Deutschland) und vida (in Österreich) gemeinsam mit Fridays for Future für gute Arbeit und die Verkehrswende gestreikt.

WEITERFÜHRENDES/QUELLEN

- Gallas, A. (2012) 'We may not like it, but we have to be part of it'. Poulantzas, die Linke und der Staat, in: Arranca, 41, <https://archive.arranca.org/ausgabe/41/we-may-not-like-it-but-we-have-to-be-part-of-it>
- Gallas, A./Nowak, J. (2011) Die Krise der Demokratien. Wahlautokratie, Klassenpolitik mit leeren Händen, Kulturalisierung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 40 (2), 139-154.
- Gallas, A./Nowak, J. (2012): Agieren aus der Defensive. Ein Überblick zu politischen Streiks in Europa mit Fallstudien zu Frankreich und Großbritannien, in: Gallas et al. (Hg.), Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg: VSA, 24-106.
- Poulantzas, N. (2002) Staatstheorie, Hamburg: VSA.



Medieninhaberin & Herausgeberin
AK Wien, Abteilung
EU & Internationales
Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien
eusek@akwien.at

UID-Nummer
ATU16209706

Grafik/Layout
Julia Stern

Redaktion
Judith Kopp und
Lukas Oberndorfer

ALEXANDER GALLAS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Er befasst sich mit Streiks und mit Staats- und Klassentheorie. Zudem ist er bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Initiative *Uni Kassel Unbefristet* aktiv.

Kontakt alexandergallas@uni-kassel.de